



8964 Rudolfstetten-Friedlisberg
Gemeinde

R e g l e m e n t

über die Bodenverbesserungsanlagen

Reglement

der Einwohnergemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg über den Unterhalt der von ihr übernommenen gemeinsamen Bodenverbesserungsanlagen

Die Einwohnergemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg erlässt über den Unterhalt der mit öffentlichen Beiträgen erstellten Bodenverbesserungsanlagen gemäss nachstehendem Verzeichnis, sowie künftige

1. 1930: Entwässerung Grossmatt-Friedlisberg
2. 1931: Entwässerung Schachen-Weissenbühl-Mutschellen
3. 1934: Entwässerung Islerenwald
4. 1941: Entwässerung Schürmatten-Weiden
5. 1941: Entwässerung Emmetfeld-Breitmatten-Kleinmoos
6. 1941: Entwässerung Zelgrank
7. 1941: Entwässerung Teufelen
8. 1942: Entwässerung Langenmoos-Blunshi
9. 1944: Entwässerung Hausmatten-Käsmatten
10. 1956: Entwässerung Chapf
11. 1958: Entwässerung Bossenmatt, Friedlisberg
12. 1968 – 78: Güterzusammenlegung ganze Gemeinde inkl. Privatwald

folgendes

REGLEMENT

1. Geltungsbereich, Zuständigkeit und Kosten

- § 1** Über die vorstehend verzeichneten und künftigen Bodenverbesserungsanlagen und die daran beteiligten Grundeigentümer und Grundstücke ist vom Gemeinderat ein Beteiligten- und Flächenverzeichnis aufzustellen und laufend nachzuführen. Als Grundlage dient ein Ausführungsplan 1:2500 / 1:2000, der durch ein Technisches Büro oder eine Bauverwaltung zu erstellen ist.
- § 2** Die vorstehend genannten Anlagen unterliegen auch nach ihrem Übergang zu Eigentum und Unterhalt an die Gemeinde den flurrechtlichen Vorschriften. Die Gemeinde übernimmt unter Vorbehalt der Beitragspflicht der beteiligten Grundeigentümer die Verwaltung und den Unterhalt.
- § 3** Unterhalt, Verwaltung und Ordnung der Nutzung ist Sache des Gemeinderates. Dieser ist ermächtigt, die Überwachung einem Ressortchef, Aufseher oder einem Ausschuss unter allfälligem Beizug von Beteiligten zu übertragen.
- § 4** Der Gemeinderat bestimmt die Entschädigung für Ausschuss und Aufseher. Er setzt die Beitragshöhe der Beteiligten unter Vorbehalt der Beschwerde an die kantonale Bodenverbesserungskommission fest.
- § 5** Zur Finanzierung des Unterhalts errichtet die Gemeinde einen Unterhaltsfonds. Dieser wird gespeisen durch:
- a) Beiträge von den Grundeigentümern und der Gemeinde, sowie durch Gebühren von ausserordentlichen Nutzungen oder Benutzungen gemäss § 24 des Reglementes.
 - b) Zinsen des Unterhaltsfonds.
- Bei Rekonstruktionen, die das Zumutbare übersteigen, soll der Gemeinderat um Beiträge von Bund und Kanton nachsuchen. In diesen Fällen sind ausserdem Mittel aus dem Jagdpachtfonds zur Finanzierung zu verwenden, letzteres im Einvernehmen mit dem Departement des Innern (Gemeindeinspektorat).
- § 6** Über den Unterhalt wird eine separate Rechnung geführt. Aus den Mitteln gemäss § 5 werden die Kosten für den ordentlichen Unterhalt, zur Behebung aller Schäden und für die Verwaltung (§§ 7 und 8) bestritten. Reichen die Mittel gemäss § 5 wegen ausserordentlicher Naturereignisse für den ordentlichen Unterhalt nicht aus, bezieht der Gemeinderat ausserordentliche Beiträge unter Beachtung vom § 4 und unter Wahrung der Verhältnisse gemäss § 24.1 und 24.2.

2. Pflichten des Gemeinderates, des Aufsehers und der Beteiligten

§ 7 Der Gemeinderat ist für den einwandfreien Unterhalt sämtlicher Anlagen und deren Verwaltung verantwortlich. Er besorgt den Einzug der Beiträge und die Rechnungsablage.

Alljährlich im Herbst sind die Anlagen, zwecks Festsetzung des Budgetsbetrages und Kontrolle der Werke mit dem Aufseher zu begehen. Die Behebung der Schäden und Mängel ist unverzüglich, jedoch möglichst ausserhalb der Vegetationszeit auszuführen. Bei Unfähigkeit oder wiederholter schwerer Pflichtverletzung hat der Gemeinderat den Aufseher abzuempfehlen und zu ersetzen. Über die Kontrolle der Werke durch Gemeinderat und Aufseher ist ein Rapportbuch zu führen. Der Gemeinderat hat alle 5 Jahre, erstmals 1985 dem zuständigen Departement über die erfolgte Aufsicht und die finanziellen Aufwendungen und Verhältnisse Bericht zu erstatten.

§ 8 Der Aufseher hat sämtliche dem Reglement unterworfenen Anlagen periodisch zu begehen und zu kontrollieren, speziell nach stärkeren Witterungseinflüssen (Gewitter, Frostperioden, etc.), bei geologischen Gefahren (Rutschtendenz) oder aussergewöhnlicher Beanspruchung (Bautätigkeit mit Lastenverkehr, Umleitungen, etc.) und Meldung an den Gemeinderat zu erstatten.

Dem Aufseher obliegen folgende Arbeiten:

a) Laufender Unterhalt

- Instandstellung der Wege, Böschungen und Bankette.
- Instandhaltung der Entwässerungssysteme.
- Aufsicht über die Freihaltung sämtlicher Schächte und Seitengräben.
- Signalisation und Abschränkung bei Bauarbeiten.
- Flickarbeiten von schadhaften Stellen sowohl bei wassergebundener Verschleisschicht als auch bei bituminösem Deckbelag.
- Meldung bei abnormal hohem Unterhalt bestimmter Wegstrecken an den Gemeinderat zur Überprüfung von Abhilfemassnahmen, wie allfälliger Beizug der Verursacher oder durch finanziellen Mehraufwand zwecks Reduktion des Unterhaltes.
- Meldung an den Gemeinderat bei offensichtlicher Zuwiderhandlung oder Schadenverursachung.

b) Periodischer Unterhalt

- Reinigen der Kontroll- und Einlaufschächte.
- Abschnittsweise Gesamtüberholung der Wege, sei es bei wassergebundener Verschleisschicht durch Aufreißen der Wegplanie, Neuplanierung und Wiederverdichten oder durch Neubekiesung; bei bituminösem Deckbelag durch Reinigen der Oberfläche. Aufspritzen eines geeigneten Bindemittels und abdecken mit Splitt. Ausflicken von Schlaglöchern mit geeignetem Material (Kaltmischgut).
- Abräumen der eingewachsenen Bankette.
- Für den periodischen Unterhalt können geeignete Beteiligte im Stundenlohn beigezogen werden. Bei Fehlen geeigneter Geräte und Maschinen sollen Baufirmen zugezogen werden.

- § 9** Die Beteiligten haben den Werken grösstmögliche Schonung angedeihen zu lassen, wie
- Offenhalten der Seitengräben und der Schachtabdeckungen.
 - Schonung der Anlagen bei anhaltend nasser Witterung.
 - Nichtumpflügen der Bankette, d.h. bis höchstens 10 cm an die Wegvermarkung.
 - Nichtzerstören der Verschleisschichten, sei es durch die Pflugschar oder schleppen harter Gegenstände aller Art.
 - Erkannte Schäden sind unverzüglich dem Aufseher zu melden.
 - Die Wege dürfen bei den Feldarbeiten nicht mehr als Wendepplatz benützt werden. Dem Weg entlang hat also die Bewirtschaftung parallel zum Wegrand zu erfolgen.
 - Wo die Vermarkung noch fehlt, ist das Umpflügen bis max. 50 cm an den Wegkoffer gestattet.

3. Vorschriften über den Unterhalt

- § 10** Der Unterhalt der Anlagen richtet sich nach den dafür bestehenden flurechtlichen Vorschriften und den Weisungen der zuständigen kantonalen Behörden.
- § 11** Die Arbeiten dürfen nur von geeignetem Personal ausgeführt werden. Die Übertragung der Unterhaltsarbeiten an eine regionale Arbeitsgemeinschaft ist gegebenenfalls zu prüfen. Grössere Ergänzungsarbeiten hat der Gemeinderat vor Beginn der Ausführung dem Kant. Meliorationsamt zu melden.
- § 12** Die Grundeigentümer und die an den einbezogenen Grundstücken Berechtigten haben die für den vorschriftsgemässen Unterhalt der Anlagen erforderlichen Arbeiten auf ihren Grundstücken zu dulden. Veränderungen, welche die gemeinsamen Anlagen beeinträchtigen oder gefährden oder den Unterhalt erschweren, sind an den beteiligten Grundstücken nur mit Bewilligung des Gemeinderates und auf Kosten des Gesuchstellers zulässig. In wichtigen Fällen ist die Genehmigung des zuständigen Departementes einzuholen.
- § 13** Das eigenmächtige Beschädigen, Öffnen oder Benützen von Drainage- oder Strassenentwässerungsleitungen und von andern gemeinsamen Anlagen ist verboten und wird vom Gemeinderat im Rahmen seiner Zuständigkeit gebüsst.
- § 14** Gegen pflichtwidrige Grundeigentümer oder störende Dritte kann der Gemeinderat überdies Busse und Haft nach Art. 292 des eidg. Strafgesetzbuches androhen oder Verwaltungszwang anwenden. Bei Zerstörung der Anlagen, inkl. Wegbankette, kann der Gemeinderat die nötigen Massnahmen auf Kosten des Fehlbaren vornehmen lassen.
- § 15** Alle Beschwerden sind dem zuständigen Departement einzureichen, das sie von Amtes wegen zur Erledigung an die zuständige Stelle weiterleitet. Über Anstände, die Bewertungen, Schätzungen, Entschädigungen, den Beizug neuer Mitglieder, Beiträge, Abschlagszahlungen und Kostenverteilungen betreffen, entscheidet die kantonale Bodenverbesserungskommission endgültig.

Besondere Vorschriften

1. Für Weganlagen

- § 16** Weganlagen und ihre Bestandteile sind bei der Bewirtschaftung vor Schaden und Verunreinigung zu bewahren. Fehlbare haften für Ersatz und Wiederinstandstellung. Der Gemeinderat kann für gewisse Wagen- und Fahrzeugkategorien ein Fahrverbot erlassen und unter den nötigen schützenden Auflagen in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen.
- § 17** Ausgebaute Feldwege sind, soweit erforderlich, gehörig herzurichten. Dabei ist dem fachgerechten Ausbessern von schadhafte Stellen (Löchern, Frostauftriebe, etc.) besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
- § 18** Mit Gras bestandene Wegbölder haben die Anstösser regelmässig abzumähen. Waldbaumüberhänge, insbesondere bei Jungwüchsen sind periodisch durch die Anstösser auf die Grenze zurückzuschneiden.

2. Für Entwässerungsanlagen

- § 19** In Drainagegebieten dürfen Weiden, Erlen, Pappeln, Eschen, Espen und andere schädliche Pflanzen nicht gesetzt und nicht geduldet werden. Kernobstbäume sind nur in einer Entfernung von mind. 7 m und Steinobstbäume nur in einer solchen von wenigstens 14 m Entfernung von Entwässerungssträngen zulässig. Wird trotz dieser Bestimmung auf einem Entwässerungssystem eine Halb-, Hoch- oder Niederstamm-anlage erstellt, ist der Eigentümer für sämtliche Konsequenzen verantwortlich und haftbar.
- § 20** Den offenen Ausmündungen von Leitungen ist besondere Sorgfalt zu widmen. Schächte müssen immer gut sichtbar gehalten werden. Das widerrechtliche Beschädigen, Öffnen oder Benützen von Entwässerungsanlagen ist verboten.
- § 21** In Drainage-, Sammel- und Strassenentwässerungsleitungen dürfen keine schmutz-, fäkalien- oder säurehaltigen und keinerlei für die Fische schädlichen Abwasser eingeleitet oder feste Abfälle und dergleichen eingeworfen werden. Ausnahmen bedürfen der Bewilligung durch den Gemeinderat, das Gewässerschutzamt und das Kant. Meliorationsamt und haben eine einmalige Anschlussgebühr und jährliche Benützungsgebühren zur Folge.

§ 22 Für den Unterhalt offener Kanäle gelten folgende Richtlinien:

- a) Auskolkungen in der Sohle von weniger als 30 cm Tiefe sind mit grossen Steinen eben auszufüllen und zu verkeilen. Bei grösserer Tiefe und starkem Gefälle ist abwechslungsweise je eine Lage gekreuzter Faschinenruten von etwa 20 cm Höhe bis auf die ursprüngliche Nivellette der Sohle einzubringen.
- b) Grosse Steine, Wurzelstöcke, Bäume usw., die den Wasserablauf hindern und die Kolkbildung begünstigen, sind zu entfernen. Ebenso sind Schlammansammlungen und Kiesbänke, welche sich in der Sohle gebildet haben, sorgfältig bis auf die ursprüngliche Sohle abzutragen.
- c) Kanalböschungen erfordern besondere Sorgfalt. Grosse Bäume dürfen auf ihnen nicht geduldet werden. Mit Gras bewachsene Flächen sind alljährlich zweimal abzumähen. Bei allfälligen Rutschungen und Einstürzen ist vorerst die Ursache zu beheben (Ableitung von Wasser, etc.), hierauf sind die Böschungen nach dem ursprünglichen Profil wieder herzustellen und nötigenfalls durch Pfahlreihen oder Steinschüttungen zu sichern. Allfällige Lücken bei bloss mit Rasen bekleideten Böschungsfüssen müssen rechtzeitig mit Steinschüttungen, evtl. Faschinengeflecht oder Randsteinen abgesichert werden. Schadhafte gewordene steinerne Böschungsfüsse müssen mit gleichem Material sorgfältig ausgebessert werden.
- d) Wenn sich an Rohrdurchlässen, Brücken, Stegen, Wehren, Schleusen, Kaskaden, Traversen, Schwellen usw. Mängel zeigen, so sind zur Verhütung grösseren Schadens unverzüglich die notwendigen Massnahmen anzuordnen. Ferner sind alle Hinterspülungen mit steinigem Material auszustampfen oder mit Beton auszugiessen, vermoderte Holzteile in solidem Material zu ersetzen, schadhafte Sohlen- und Sturzbodenpflästerungen genau nach Profil zu reparieren und talwärts durch Pfahlreihen und Schwellen zu sichern, rostende Eisenteile rechtzeitig neu anzustreichen und Verputzflächen des Mauerwerkes sorgfältig zu unterhalten.
- e) In Fischgewässern dürfen Reinigungsarbeiten nur ausserhalb der Laichzeit und unter Beobachtung der fischereipolizeilichen Vorschriften ausgeführt werden.

§ 23 Für den Unterhalt der Drainageleitungen gelten folgende Regeln:

- a) Die Ausmündungen müssen ständig gesichert sein und wenn möglich wenigstens 20 cm über der Sohle des Vorflutgrabens liegen.
- b) Strassen, Einlauf- und Kontrollschächte, Durchlässe, Ausläufe und andere Kunstbauten sind periodisch zu reinigen und sorgfältig zu unterhalten.
- c) Drain- und Sammelleitungen mit Eisenockerablagerungen und solche, welche der Verschlammungsgefahr ausgesetzt sind, sollen periodisch mit der Boarute gereinigt werden.
- d) Namentlich in den ersten Jahren sind die auf den Drains aufkommenden Schachtelhalme, Huflattiche, Disteln und Sauerampfer und andere tiefwurzelnende Unkräuter sorgfältig auszujäten.

4. Unterhaltsbeiträge und Gebühren für ausserordentliche Nutzung der Anlagen

§ 24

- a) Die beteiligten Grundeigentümer (gemäss Beteiligten- und Flächenverzeichnissen) bezahlen pro Are und Jahr:
für die offene Flur: Fr. 0.60
für Waldparzellen: Fr. 0.30
- b) Der Beitrag aus ordentlichen Gemeindemitteln beträgt 30 % der Grundeigentümerbeiträge gemäss Absatz a).
- c) Für jede ausserordentliche Nutzung der Drainagen und Wasserableitungen hat der Nutzer eine Anschlussgebühr von Fr. 150.00 und eine jährliche Nutzungsgebühr von Fr. 40.00 zu bezahlen.
- d) Für die ausserordentliche Benutzung der Wege bezieht der Gemeinderat eine Gebühr, die die aus der Sondernutzung erwachsenden Unterhaltskosten deckt, mindestens aber Fr. 50.00 pro Bewilligung und Jahr.
- e) Für alle direkten und indirekten Folgen unsachgemässer ordentlicher oder ausserordentlicher Nutzung der Meliorationsanlagen haftet der Verursacher oder Bewilligungsinhaber.
- f) Jedem Beitrags- und Gebührenpflichtigen ist ein Exemplar dieses Reglementes auszuhändigen.

5. Übergangsbestimmungen

Dieses Reglement tritt mit der Genehmigung durch das zuständige Departement in Kraft.

Also beschlossen in der Einwohnergemeindeversammlung vom 09. Dezember 1977

Im Namen der Einwohnergemeindeversammlung

Der Gemeindeammann:

sig. Fr. Schwendimann

Der Gemeindeschreiber:

sig. P. Ackermann

Genehmigung:

Das vorstehende Reglement wird genehmigt.

Aarau, den 26. März 1979

Abteilung Landwirtschaft

Der Chef:

sig. W. Keller